

### Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2715/2021**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 09.02.2021

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Be -/1033  
Verfasser/-in: Martina Lennartz

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

#### **Betreff:**

#### **Zwangsräumen aussetzen**

**- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 07.02.2021 -**

#### **Antrag:**

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich bei der Wohnbau dafür einzusetzen, dass Zwangsräumungen wegen sogenannter Mietschulden während des gesamten Lockdowns auszusetzen sind“

#### **Begründung:**

„Der „verschärfte Lockdown“ trifft erneut verschärft Mini-Jober, Geringverdiener, Kleingewerbetreibende und Kulturschaffende. Insolvenzen, Entlassungen, Massenarmut nehmen zu. Genau aus diesen Gründen nehmen auch Zwangsräumungen und Obdachlosigkeiten zu – und das bei leerstehenden Häusern und Wohnungen. Zwangsräumungen können für die Betroffenen zum Verlust des sozialen Umfeldes, zur Ausbildung oder Verschlechterung psychischer und körperlicher Erkrankungen, zu dauerhafter Armut oder gar zum Kältetod führen. Die Mieten steigen, es gibt zu wenige Sozialwohnungen, allein in Gießen fehlen mindestens 3000 Wohnungen. Mindestens jedes vierte Kind in Gießen ist arm. Und besonders diese sind jetzt von zunehmender Armut betroffen. (Siehe Artikel in der Allgemeinen <https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/armut-flussstrassenviertel-13952484.html> vom 13.1.2021). Auf der anderen Seite nehmen in Gießen Luxussanierungen von alten Wohnungen zu, die anschließend auch sanierte Mieten einbringen sollen. Aus alten großen Wohngemeinschaften werden nun Miniapartments gemacht. Da viele Menschen durch die Corona-Pandemie in Gießen betroffen sind, fordern wir den Magistrat auf, sich bei der Wohnbau dafür einzusetzen, dass die

Zwangsräumungen wegen der sogenannten Mitschulden auszusetzen sind.  
Wohnen ist Menschenrecht!"